

# Sozialdemokratischer Pressedienst

C. m. b. H.

(20a) Hannover,  
Georgstraße 33 Telefon 10951 52 53

Postcheckkonto: Hannover 115343  
Bankverbindungen: Merkur-Bank Hannover  
Bankhaus Rudolf Lehr K. G., Hannover

Politik IV/89  
.....

Hannover, 1. August 1949

## Der Verrat am "Ahlener Programm"

Ein führender Gewerkschafter schreibt uns:

Es gibt in der CDU einige gute Gewerkschafter. Aber sie werden dort als Aushängeschild und als Wahlköder missbraucht, zu sagen haben sie so gut wie nichts. Man muss sich nur einmal die "Leitsätze der CDU" vom 15. Juli 1949 ansehen und sie mit den Gewerkschaftsforderungen zur Wahl vergleichen. Dann sieht man: selbst das bescheidene "Ahlener Programm" der CDU vom Februar 1947 wurde verraten.

Die Gewerkschaften fordern erstens Vollbeschäftigung durch "Aufstellung eines verbindlichen volkswirtschaftlichen Gesamtplans für das Bundesgebiet, der den Einsatz aller Rohstoffe und Produktionsmöglichkeiten für die bestmögliche Befriedigung des Massenbedarfs und die erforderlichen Investitionen nach Dringlichkeit ordnet".

Im CDU-Programm vom Februar 1947 hiess es noch: "Planung und Lenkung der Wirtschaft wird auf lange Zeit hinaus in erheblichem Umfange notwendig sein.... Planung und Lenkung wird auch in normalen Zeiten der Wirtschaft in gewissen Umfange notwendig sein, was sich aus unserer Auffassung ergibt, dass die Wirtschaft der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen hat. Diese Planungs- und Lenkungsaufgaben sollen von Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft in Wirtschaftskammern wahrgenommen werden..."

Diese Forderungen standen von Anfang an auf dem Papier und je stärker sich der Grossbesitz in der Führung der CDU einmischte, desto weniger wollte man an das Ahlener Programm erinnert werden. Jetzt verleugnet die CDU diese ihre zentrale Forderung und wendet sich gegen "Planwirtschaft, die wir ablehnen, ganz gleich, ob in ihr die Bankstellen zentral oder dezentral, staatlich oder selbstverwaltungsässig organisiert sind". Die CDU will also Millionenerbeitslosigkeit in Kauf nehmen, um den Kapitalkräftigen grössere Gewinne zu sichern!

Die CDU-Richtlinien sagen (im Punkt 13) mit Recht: "Wirtschaftskrisen sind keine Naturereignisse, sondern Folgen falscher wirtschaftlicher Entschlüsse und Handlungen in Betrieben, Gewerbe und in der Wirtschaftspolitik". Diese unbeabsichtigt treffende Kritik an der Politik der Erhard - Hartmann-Storch ist nur zu richtig. Aber die Richtlinien der CDU, die unter Verleugnung des CDU-Programms jede Planwirtschaft ablehnen, sagen nicht, wie es besser gemacht werden soll. Für die 1 1/4 Millionen Arbeitslose, die der Professor Erhard als Schleichhändler beachimpft, wird vor der Wahl beruhigend erklärt: "Es müssen wirkliche Sicherungen gegen Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit geschaffen werden". Bisher kennen wir von diesen "wirksamen Sicherun-

gen" nur das ständige Gesundbeten der Arbeitslosenstatistik und die Beschimpfung der Arbeitslosen. Den Unternehmern aber verspricht die CDU: Die CDU ist gegen Planwirtschaft, so dass die Haifische der Wirtschaft planmässig verdienen können.

Die CDU-Leitung hat die Stirn zu behaupten, dass sich ihre neuen Leitsätze auf dem Ahlener Programm aufbauen. Das Ahlener Programm forderte 1947 "die Vergesellschaftung der Bergwerke.... Auch bei der eisenschaffenden Grossindustrie ist der Weg der Vergesellschaftung zu beschreiten". Die neuen Leitsätze der CDU vom 1. Juli 1949 verleugnen dies Programm und das Zentralorgan der CDU, die "Allgemeine Kölnische Rundschau", berichtet am 13. Juli tief befriedigt, dass diesen Leitsätzen "auch die Vertreter der Arbeitnehmer ihre Zustimmung gegeben haben". Haben die Jakob Kaiser, Blank und Storch tatsächlich dieser Verleugnung der Gewerkschaftsforderung zugestimmt?

Die Gewerkschaften fordern energische Preissenkung. Die SPD hat im Wirtschaftsrat immer wieder gegen die Preistreiberpolitik der CDU und ihrer Verbündeten protestiert. Die CDU-Leitsätze aber erklären kalt-schnüzig: "Marktgerechte Preise müssen entstehen und dürfen weder von staatlicher, noch von privater Seite durch Willkür oder Diktat ver-  
fälscht werden".

Volle Schaufenster - leere Taschen, das ist das Ergebnis der CDU-Herrschaft, und so wollen sie es weitermachen! Hausfrauen, die noch immer auf die seit der Währungsreform versprochene wirksame Preissenkung warten, werden von den CDU-Leitsätzen mit "organischer und langsamer Senkung der Preise" (Punkt 6 der Leitsätze) getröstet. Langsame Preissenkung nach der Wahl! Wer kann das ernst nehmen!

Die Gewerkschaften fordern Demokratisierung der Wirtschaft. Sie verlangen "Bildung und paritätische Besetzung von Wirtschaftskammern und anderen Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft". Sie verlangen "soziale, personelle und wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb".

Im Ahlener Programm vom Februar 1947 hat die CDU noch ein Lippenbekenntnis abgelegt zum "Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer an den grundlegenden Fragen der wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung. Sie übernahm Forderungen der Gewerkschaften, z.B. die Vertretung der Belegschaft im Aufsichtsrat des Unternehmens, in Grossbetrieben Berufung eines langjährigen Belegschaftsmitgliedes auf Vorschlag der Belegschaft in den Vorstand des Unternehmens und sie forderte die Verpflichtung der Betriebsleitung, "in jedem Fall dem Betriebsrat einmal monatlich Bericht über die Lage des Unternehmens zu erstatten". 1949 aber verweist die CDU die Gewerkschaften "in die Grenzen der ihnen obliegenden Aufgaben" und erlaubt "die Verwirklichung des Rechts der Arbeitnehmer auf Mitberatung, Mitwirkung und Mitbestimmung" nur "in betriebsgerechter Form unter Wahrung der echten Unternehmerverantwortung". - Wo haben wir das schon einmal gehört?

Dann übergeht die CDU in ihren neuen Leitsätzen grosszünftig die Forderung der Gewerkschaften nach einem demokratisches Arbeitsrecht und erklärt: "Das Arbeitsvertragsrecht muss dem Charakter des Treue-

verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern gerecht werden".

Da ist es: Vor 15 Jahren verkündete das Nazi-Arbeitsordnungsgesetz: "Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden... Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten".

Schämen die CDU-Gewerkschafter, die mit Wilhelm Böschner zusammen gegen die Nazi-Arbeiterentrechtung gekämpft haben, sich nicht? Haben sie diesen gelben Leitsätzen tatsächlich zugestimmt? Die Frage wird sehr ernst gestellt und erfordert eine klare Beantwortung!

- - - - -

Adenauer contra Adenauer

"Wir müssen anerkennen, dass Dr. Schumacher und die Leiter der SPD sich in ihrem harten Kampf in der Ostzone und in Berlin verdient gemacht haben, denn eine ungehinderte Betätigung der SPD in der Ostzone ist nicht nur eine parteipolitische Angelegenheit, sondern ein Frage der Demokratie in Deutschland schlechthin".

Man glaubt es kaum, aber es ist so: Dieses klare politische Urteil gab Dr. Adenauer am 15. April 1947 über die Leistung der SPD in der Ostzone ab.

Wir beschränken uns darauf, in einer Zeit an diese Feststellung zu erinnern, in der es zum Wahlkampf-Repertoire führender CDU-Politiker, vornehmlich desselben Herrn Adenauer und noch mehr seines Parteifreundes Jakob Kaiser, gehört, die SPD bei jeder Gelegenheit gerade auch in dieser Hinsicht zu verächtigen.

Der wahre Grund für diese Angriffe liegt einfach in dem Bemühen, von dem beschämenden Anblick abzulenken, den die jahrelange doppelzüngige Blockpolitik der CDU (und auch der LDP) geboten hat und der dadurch kaum erfreulicher geworden ist, dass einige der leitenden Funktionäre der CDU sich schliesslich nach jahrelanger kompromittierender Tätigkeit nach Westdeutschland abgesetzt haben. Die Motive, aus denen sie das getan haben, sollen dabei unerörtert bleiben, weil wir sie nicht kennen, sondern nur vermuten können. (m/1/18/hs)

## Parteilpolitik in England

Fellow travellers und Churchill-Diktatur. E.U. London, Anf. August

Mit der in diesen Tagen erfolgten Ausschliessung von Lester Hutchinson ist die Straffung der Labour Party beendet. Ausgeschlossen wurden seit 1945 fünf Abgeordnete, einer, Alfred Edwards, als rechtsstehender Reaktionsär und die anderen vier als zu linksstehende pro-kommunistische "fellow travellers".

Alfred Edwards ist ein Industrieller und Unternehmer. Er bekämpfte die Nationalisierung der Eisen- und Stahlindustrie und griff die Regierung ausserhalb des Parlaments an, wann immer er Gelegenheit dazu hatte.

John Platts-Mills, der am gleichen Tage wie Edwards ausgeschlossen wurde, war ein erbitterter Kritiker von Bevin und der Autor des Glückwunschtelegrammes an Nenni, dem italienischen pro-kommunistischen Sozialisten, in dem er ihm Erfolg zu den Wahlen wünschte.

Konni Ziliacus, der zusammen mit Leslie Solley während der Blackpool-Konferenz ausgeschlossen wurde, war ein hoher Funktionär beim alten Völkerbund. Trotz seiner kritischen Haltung gegenüber Bevin war er in der Partei sehr beliebt, und zwar für sein ausserordentliches Wissen in internationalen Frage. Seine Teilnahme an der kommunistischen Pariser "Friedenskonferenz" machte es unmöglich, ihn weiterhin in der Partei zu halten. Eines aber scheint sicher, er wird nie der kommunistischen Partei beitreten.

Leslie Solley zog - vor allem auch politisch gesehen - ganz allgemein den Verkehr mit Kommunisten vor. Er stimmte ständig gegen die Regierung und wurde schliesslich ausgeschlossen, weil er im Unterhaus gegen die Marshallhilfe stimmte.

Lester Hutchinson schliesslich machte sich des gleichen parteipolitischen Vergehens schuldig. Auch stand er persönlich seit langem besonders schlecht mit Bevin. Während der Blackpool-Konferenz war er in Amerika, wo er Henry Wallace auf einer Propaganda-Tour begleitete. Wer ihn persönlich gut kennt, hält es aber für höchst unwahrscheinlich, dass er der kommunistischen Partei beitreten wird. Lester Hutchinson, im Gegensatz zu den anderen vier, ist ausserhalb des Parlaments wenig bekannt, er hat auch nie versucht, publicity zu erringen. Seine Ausschliessung hat daher weniger Kommentare hervorgerufen, als die der anderen, ist aber mit umso grösseren Unbehagen in der Partei selbst aufgenommen worden.

Dass in der Konservativen Partei keine Ausschliessungen stattgefunden haben, ist nur darauf zurückzuführen, dass die "zwingende" Persönlichkeit Churchills es so gut wie unmöglich macht, Kritik zu üben.

Wie in jeder politischen Partei, so gibt es auch bei den Konservativen verschiedene Strömungen. Zunächst die alten Reaktionsäre, von Sir William Darling geführt, der als ein Laufbursche begann. In jener Zeit war er ein begeistertes Mitglied der Unabhängigen Labour Party (I.L.P.). Je mehr Erfolg er aber in seinem beruflichen Leben hatte

- er manipulierte in der Textilbranche ungewöhnlich glücklich - umso weiter nach rechts verschoben sich seine politischen Überzeugungen.

Auf der anderen Seite befinden sich die "progressiven" jungen Konservativen, von Rab Butler und Robert Boothby geführt. Ihr politisches Programm hat manchmal sehr grosse Ähnlichkeit mit dem der Labourpartei, und wären die beiden Genannten stark genug, eine solche progressive Politik wirklich durchzuführen, dann wäre die Labour-Partei während der nächsten Wahlen ernstlich gefährdet. Aber Churchill hat es fertiggebracht, die Entwicklung neuer, junger Talente in seiner Partei so im Keim zu ersticken, dass die Konservativen nicht nur ohne ein konstruktives Programm, sondern - ausser Churchill - auf jede starke, eigenwillige Persönlichkeit in diesem Wahlkampf verzichten müssen.

Ob Churchill immer noch die Majorität seiner Partei vertritt, weiss man nicht. Eine Privatkonferenz, die über die Stellung Churchills in der Partei diskutieren wollte, wurde dadurch unterbrochen, dass er selbst plötzlich erschien und eine allgemeine Rede über die konservative Politik hielt.

#### Sinn und Unsinn links von Labour.

Die "Revolutionäre Kommunistische Partei", die sich kürzlich selbst auflöste und ihre Mitglieder aufforderte, der Labour Party beizutreten, war keine grosse Organisation, wenngleich sie in der Lage war, eine gut aufgemachte Wochenzeitung und eine theoretische Monatszeitschrift herauszugeben, die beide ihr Erscheinen einstellen werden. Damit hört in England die "Britische Sektion der 4. Internationale" (Trotzkisten) auf zu existieren. In der Auflösungserklärung dieser Gruppe heisst es u.a.: "Es gibt Unzufriedenheit mit der Politik der Labour-Regierung in weiten Schichten der Arbeiterklasse. Dies führt sie jedoch nicht zu einem Streben nach einer neuen oder mehr revolutionären Organisation, sondern zu dem Versuch, durch Druck ihren Einfluss in der bestehenden politischen Massenorganisation - der Labour Party - zu verstärken. In den kleinen linken Gruppen ausserhalb dieser Partei sehen sie keine Alternative. Daher muss es die Aufgabe der Sozialisten sein, sich mit den bewussten politischen Arbeitern in der Labour Party zu vereinen und sich zu bemühen, ihre Politik nach echten sozialistischen Gesichtspunkten zu beeinflussen".

Im Gegensatz zu diesem vernünftigen Verhalten steht die ILP (Unabhängige Arbeiterpartei), aus der die heutige Labour Party hervorgegangen ist, immer noch abseits. Nachdem sich die ILP noch 1931 von der Labour Party gelöst hatte, begann ihr Auflösungsprozess. Immer spielte die Frage, ob die ILP auch eigene Parlamentskandidaten aufstellen sollte, eine wesentliche Rolle. Noch bei den Wahlen im Jahre 1935 gelang es der ILP in Schottland vier Sitze zu erobern, doch in allen anderen Teilen des Landes bestanden nur noch kleine Gruppen. Nach dem Tode von James Maxton, dem sehr beliebten Führer der Partei, wurde es offensichtlich, dass das Schicksal der ILP als selbständige Partei besiegelt war. Einer nach dem anderen der leitenden Funktionäre ging den Weg zurück in die Labour Party, unter ihnen die übriggebliebenen ILP-Abgeordneten und der langjährige Sekretar der Partei und Redakteur des Parteiorgans, Fenner Brockway.

In Anbetracht dieser Entwicklung beschloss der Parteitag der ILP im vorigen Jahr, künftig nicht mehr eigene Parlamentskandidaten aufzustellen. Man wollte die Partei wieder auf ihre frühere Aufgabe zurückführen, nämlich, ein propagandistischer Stosstrupp im Rahmen der Arbeit-

terbewegung zu sein. Desto bedauerlicher war es, dass auf dem diesjährigen Parteitag der ILP der Beschluss, keine eigenen Parlamentskandidaten mehr aufzustellen, revidiert wurde. Unter den gegebenen politischen Umständen wird diese Entscheidung den Auflösungsprozess der ILP beschleunigen, der Arbeiterbewegung aber nur Schaden zufügen. Stimmen, die normalerweise der Labour Party zugehen würden, werden von ihr abgezogen und somit den Konservativen gerade dort Chancen gegeben, wo sie am wenigsten Aussicht auf Erfolg hatten.

H.P.

.....

Der Bundespräsident

Von Dr. Georg Friedrichs

Als dritter Kurzbeitrag über Bedeutung und Wesen der  
Bundeseorgane. D.Red.

Der Bundespräsident ist das repräsentative Oberhaupt der Bundesrepublik Deutschland. Seine Stellung und Funktionen sind gegenüber denen des früheren Reichspräsidenten wesentlich schwächer. Gemäss dem provisorischen Charakter des Bonner Grundgesetzes ist auch keine direkte Volkswahl vorgesehen, sondern die sogenannte Bundesversammlung wählt den Präsidenten. Diese ad hoc zusammenzurufende Bundesversammlung besteht aus den Abgeordneten des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Delegierten, die von den Länderparlamenten gewählt werden. Über den Wahlmodus, vor allem die der Wahl in den Landtagen zugrundeliegenden Verhältniszahlen, bestehen noch Meinungsverschiedenheiten. Meines Erachtens sollte man das Wahlergebnis des 14. August als Verteilerschlüssel zugrundelegen und in diesem Rahmen den Landtagen die Auswahl der Personen überlassen.

Der Bundespräsident ist der völkerrechtliche Vertreter des Bundes. Das Recht der Ernennung und Entlassung der Bundesbeamten und Bundesrichter steht ihm zu. Auch das Begnadigungsrecht übt er aus, was nach Wegfall der Todesstrafe auch an Bedeutung verloren hat. Weiterhin steht ihm das erste Vorschlagsrecht für die Wahl des Bundeskanzlers zu, wobei allerdings das Parlament durchaus eine andere Wahl treffen kann. Seine wesentlichste Aufgabe, nachdem er auch kein Notverordnungsrecht mehr hat, kein selbständiges Recht zum Auflösen des Parlamentes, liegt wohl in der Rolle der ausgleichenden "neutralen Macht" (pouvoir neutre), die ein geschickter Präsident zu einem wertvollen Faktor für Autorität und Ansehen der jungen Demokratie im In- und Ausland machen kann.

In der Wahl des Bundespräsidenten, die ohne Debatte erfolgt, wirkt der Bundesrat, also das Föderalorgan der Länderregierungen, nicht mit. Darin liegt eine deutliche Unterstreichung der Funktion der Bundespräsidentschaft als einer zusammenfassenden und ausgleichenden Einrichtung. Die Amtszeit des Bundespräsidenten beträgt fünf Jahre, reicht also über die vierjährige Legislaturperiode des Bundestages hinaus. Entscheidend für die Wahl ist die absolute Mehrheit. Da die Bundesversammlung voraussichtlich 800 Mitglieder haben wird, sind also mindestens 401 Stimmen notwendig.

Staatsgefährdende Heizer

(sp) FFA heisst Personalpolitische Abteilung. Unter dieser Bezeichnung verbirgt sich in der Ostzone das wichtigste Spitzelinstrument des kommunistischen Terror-Apparates. Das Zentralsekretariat der SED, sowie die Landes- und Kreisvorstände haben eine Personalpolitische Abteilung. In der obersten Spitze haben die führenden Mitglieder des Politbüros Dahlem und Ullbricht durch ihre Vertrauensleute Philipp Daub und Bruno Haid eine unmittelbare Kontrolle dieses Apparates.

Die Personalpolitischen Abteilungen überwachen nicht nur die Mitglieder der SED, sondern auch alle Personen, die sich in den angegliederten Organisationen wie FDGB, FDJ, DFD, VdgB, Kulturbund usw., ferner in führenden Stellen der Regierung und Verwaltung, sowie auf verantwortlichen Posten in allen Zweigen der Wirtschaft befinden.

Die FFA des Zentralsekretariats der Partei arbeitet engstens zusammen mit der MWD (Sowjetische politische Polizei), mit der Abteilung K 5 der "Volkspolizei", ferner mit der Zentralen Kontrollkommission der DnK, die seit dem Schauprozess von Glauchau-Meerane eine umfassende Kontroll- und Spitzeltätigkeit in der Wirtschaft betreibt.

Die FFA sind Kommandostellen aller dieser Kontrolleinrichtungen, sie sind verantwortlich für die Durchführung von politischen "Säuberungen" in allen Bereichen. Wie die Überwachungs- und Spitzeltätigkeit der FFA sich selbst auf Personen in den unbedeutendsten Stellen der Betriebe, z.B. Pförtner und Heizer, erstreckt, beweist ein Schreiben, das den Personalbearbeitern der SED-Betriebsgruppen in Sachsen von den FFA der Kreisvorstände der SED zugeleitet wurde. In diesem Schreiben heisst es u.a.:

"Es ist nun Aufgabe, und wird den Genossen zur Pflicht gemacht, alle in folgenden Stellen/Funktionen stehenden Personen schnellstens auf ihre absolute Zuverlässigkeit zu überprüfen.

Werkenschutz	Betriebswachtdienst	Heizer
Meister	ganz besonders die Meister der Nachtschichten und	
Pförtner	alle Arbeiter und Angestellte der korigen Schlüssel-	
	funktionen.	

Auf der anderen Seite sind diese Menschen laufend vom Betriebschutz zu kontrollieren. Es ist nicht zu verkennen, dass auch ein Heizer, ein Schichtmeister und dergleichen eine verantwortungsvolle Position in unserem heutigen Staat und Wirtschaft bekleiden kann. Diese Überprüfung ist bei allen Personen der genannten Positionen durchzuführen! Es ist ganz gleich, ob sie Mitglied unserer Partei sind oder indifferent oder einer anderen demokratischen Organisation angehören. Deine Aufgabe ist, uns bis spätestens ...den ... über jeden einzelnen Menschen, der in Eurem Betrieb eine solche Funktion/Arbeit ausübt, einen ausführlichen Bericht über die gemachten Feststellungen und eine eingehende Beurteilung zuzusenden."

(b / B39/297/1/ha)

(sp) Jede Partei ist sozial, natürlich auf ihre Art, aber keine Partei wagt es, auch die reaktionärste nicht, sich etwa unsozial zu bezeichnen. In Wahlzeiten ist jede Partei noch sozialer als im Alltag. Davon kann auch die Deutsche Partei keine Ausnahme machen, auch sie ist daher sozial, aber sie ist freimütig genug, die deutsch-parteiliche Spielart des Sozialismus ungeschminkt zu deklarieren. Das geht nicht ohne Malheur ab, wobei offen bleibt, ob deshalb, weil man im Sozialismus wenig bewahrt ist, oder, weil man mit der deutschen Sprache auf Kriegsfuß steht. Wahrscheinlich versteht man von beiden nicht viel.

Heinrich Hellwege, der Vorsitzende der Deutschen Partei, eröffnete den Wahlkampf höchstpersönlich vor zwei- bis dreihundert Zuhörern in der Stadthalle in Hannover. Hinter ihm, über den gebogenen Dekorationspalmen, prangte ein Plakat folgenden Inhalts:

Fräg' Dir's ein: Deutsche Partei  
für "soziale" Gerechtigkeit  
Liste 3.

Um Irrtümern vorzubeugen: die Anführungsstriche vor und hinter dem Adjektiv "sozial" stammen nicht von uns, sondern von den Autoren des Wahlplakates, also von der Deutschen Partei selbst. Was' das Herz voll ist, dem geht das Wahlplakat über, könnte man, der Zeit entsprechend, sagen.

(m/2/28/2/ho)

#### Gustav Zimmermann gestorben

Gustav Zimmermann, Karlsruhe ist einem Herzschlag erlegen. Im vergangenen Jahre wurde er 60 Jahre alt, wenn er auch erheblich jünger wirkte. Untersetzt von Gestalt, ruhig in seinem Wesen und seinen Gesten, eindringlich in der Art, zu sprechen, bot er schon äußerlich das Bild eines unbedingt zuverlässigen und in seinen Anschauungen fest gegründeten Charakters. Klarer Vorstand vereinigte sich mit viel Herzenswärme zu einer sehr geschlossenen Persönlichkeit.

Gustav Zimmermann war zuletzt Regierungsdirektor für den Landesteil Baden im Lande Württemberg-Baden. Im Parlamentarischen Rat war er geschäftsführendes Mitglied des Fraktionsvorstandes der SPD, deren stellvertretender Vorsitzender er in seinem Heimatlande ausserdem war.

Geboren in einem kleinen Ort bei Karlsruhe, war er nach dem Besuch der Volks-, Berufs- und Handelshochschule Mechaniker, Seemann, Angestellter und seit 1919 Redakteur, später Verlagsdirektor. Bis 1933 war er über ein Jahrzehnt stellvertretender Vorsitzender der SPD Baden. Viel seiner Lebensarbeit galt der Stadt Mannheim und der Deutschen Konsumgenossenschaft. (m/1/28/1/ho)

#### Berufsbeamtin unter Druck

(sp) Am Montag, 4. Juli, wurde einer der leitenden Beamtinnen in der bizonalen Verwaltung von Frankfurt von seinem vorgesetzten Direktor beauftragt, den Standpunkt der Verwaltung zur Frage des künftigen Bundessitzes auf einer am gleichen Tage 10,30 Uhr im Wirtschaftsrat stattfindenden Pressekonferenz zu vertreten. Pflichtgemäss führte der leitende Beamte diesen Auftrag aus und machte Angaben zur Frage, welche der beiden Städte, Frankfurt oder Bonn, vom Standpunkt der Verwaltung aus geeigneter sei. - Am Mittwoch, 6. Juli, wurde dem betr. Beamten durch den ihm vorgesetzten Abteilungsleiter mitgeteilt, dass Herr Dr. Adenauer, der Zonenvorsitzende der CDU, erklärt habe, für Beamte, die sich in solcher Weise festlegten, wie es dieser Vertreter der Verwaltung auf der Pressekonferenz getan habe, sei kein Platz im künftigen Bundesministerium. -

Wir fragen, mit welchem Recht der CDU-Vorsitzende einen Beamten aus den Diensten des künftigen Bundes entfernen will, nur weil er einem Auftrag seiner vorgesetzten Behörde entsprechend korrekt Auskunft über die Geldverschwendung machte, die eintreten würde, wenn die privaten Wünsche des Herrn Adenauer in Bezug auf den Bundessitz respektiert würden.